

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1899**

23 (27.1.1899) Parlaments-Ausgabe

Anzeige:  
Abdruck 20 Pf. mal.  
Abonnementspreis:  
vierteljährlich:  
in Karlsruhe durch  
eine Agentur bezogen:  
2 Mark 50 Pf., in  
das Haus gebracht:  
2 Mark 80 Pf., durch  
die Post ohne Zustell-  
gebühr 2 Mark 50 Pf.  
Vorauszahlung.

# Badische Landeszeitung

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühren:  
Die 12spaltige Zeile  
wöchentlich oder deren  
Raum für 20 L. 10 S.  
Inserate 15 Pf., für  
auswärtige In-  
serate 20 Pf., im  
Klammerteil 60 Pf.  
Bei größeren Auf-  
trägen entsprechender  
Rabatt.

Parlaments-Ansgabe.

Karlsruhe, den 27. Januar 1899.

## Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

### Deutscher Reichstag.

18. Sitzung vom 25. Januar.

Haus und Tribünen sind gut besetzt.  
1 Mr. Am Bundesratsbild: Niemand.  
Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag des  
Centrums auf Aufhebung des Jesuitengesetzes und in  
Verbindung mit den konservativen und freisinnigen Anträgen  
auf Aufhebung des § 2 des Gesetzes.

Der vom Abg. Grafen Hompeich beantragte Gesetzentwurf  
lautet:

§ 1: Das Gesetz, betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu,  
vom 4. Juli 1872 wird aufgehoben. § 2: Die zur Ausführung  
und zur Sicherung des Vollzugs des im § 1 genannten Gesetzes  
erlassenen Anordnungen verlieren ihre Gültigkeit. § 3: Das gegen-  
wärtige Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Die von dem Abg. Graf Limburg (kon.) und Richter  
(n. Vpn.) vorgeschlagenen Gesetzentwürfe sind gleichlautend. Ihr  
Wortlaut ist folgender: § 1: Der § 2 des Gesetzes, betreffend den  
Orden der Gesellschaft Jesu, vom 4. Juli 1872 wird aufgehoben.  
§ 2: Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkün-  
digung in Kraft.

Abg. Graf Hompeich (Ctr.): Der vorliegende Antrag des  
Centrums ist schon wiederholt angenommen worden. Er ist dazu  
bestimmt, eine Antwort aus den Regierungen herauszulocken. Wir  
müssen darauf dringen, daß in die wichtigsten Angelegenheiten ent-  
scheidend die Entscheidung fällt. Die Anträge Richter-Limburg-Sturm  
betrachten wir als eine Abklappung und werden ihnen deshalb  
zustimmen, in erster Linie aber wünschen wir die Aufhebung des  
gesamten Gesetzes, des einzigen noch bestehenden Ausnahmengesetzes  
in Deutschland, denn wir verlangen gleiches Recht für Alle. (Beifall  
links im Centrum.)

Abg. Richter (fr. Vpn.): Wir haben den Wunsch, daß vor  
Allem die Bestimmung des Gesetzes aufgehoben wird, welche am ge-  
fälligsten wirkt und für deren Beseitigung auch Herr von  
Bötticher seine Zeit eingerechnet hat.

Abg. Graf Limburg-Sturm (kon.): Ich befürchte von einer  
verhältnismäßig Aufhebung des Gesetzes eine Stärkung des kon-  
servativen Parteiens (Rechts im Centrum); wir haben seit dem  
Antrage alle Seiten vor konfessionellen Kämpfen und Verwirren  
wären, wenn wir eine Weitebeziehung befürchten könnten.  
Wir halten es aber für eine Unbilligkeit und Ungerechtigkeit, daß  
man die einzelnen Seiten auf die gleiche Stufe stellt, wie  
seiner Zeit die Sozialisten. (Beifall im Centrum.)  
Das haben diese Männer nicht verdient. (Erneuter  
Beifall im Centrum.) Wir haben jedenfalls keine großartigere  
Organisation in der Welt kennen gelernt, als den Jesuitenorden.  
(Beifall Richter im Centrum.) Ich meine aber, die Herren vom  
Centrum können sich mit der Aufhebung des § 2 begnügen und der  
Antrag Hompeich ist ja auch für sie nur eine Flaggfrage. (Wider-  
spruch im Centrum.)

Abg. Richter (fr. Vpn.): Wer daran denkt, wieviel  
unter dem gegenwärtigen politischen Regime gestaltet ist, welche  
unwürdigen Aufführungen zugelassen werden, der kann es nicht ver-  
stehen, daß gerade diese staatsverfallenden Elemente, (beifall Richter  
im Centrum) die in treuer Betätigung ihrer beruflichen  
Pflichten arbeiten, von uns fern gehalten werden. Es ist  
bedauerliche Zeit, daß dieser Zustand auftritt und diese Männer ihren  
bedauerlichen Beruf wieder ausüben werden. (Beifall Richter im Centrum.)

Abg. Stockmann (Vp.): Ich habe im Namen meiner Freunde  
zu erklären, daß sie zu einer Veränderung ihres früheren Verhaltens  
sich nicht bewegen fühlen, weil keine Veränderungen in der Frage an-  
sich eingerechnet sind. Wir meinen durchaus nicht, daß die evange-  
lische Kirche eines Schwaches gegen die Gesellschaft Jesu bedürftig  
denn sie ist selbst Mann genug, um sich gegen Angriffe  
von dieser Seite zu wehren. Wir haben aber den  
wichtigen Wunsch, daß der Friede zwischen den Konfessionen  
aufrecht erhalten bleibe, und wir betrachten es als eine  
hochwichtige Aufgabe der Regierung, mit ganzer Kraft dafür zu  
sorgen, daß dieses geschieht. Von einer Rückverkung der Gesell-  
schaft Jesu kann schon deshalb keine Rede sein, weil sie es als ihre  
Hauptaufgabe betrachtet, die evangelische Kirche zu bekämpfen.  
(Widerstand im Centrum.) Wir sind nicht in der Lage, für den  
Antrag Hompeich zu stimmen. Wir werden aber in unserer Mehr-  
zahl auch gegen den Antrag Limburg-Sturm stimmen, weil bei  
Entscheidung des § 2 nur ein Verloren übrig bleibt. (Sehr richtig! bei  
National-Liberalen und Freikonservativen), dessen fernere Brauchbar-  
keit uns fraglich erscheint.

Abg. Dr. Hieber (nl.): Ich habe Namens meiner Fraktion zu  
erklären, daß wir uns gegenüber dem Centrumsantrage durchaus  
ablehnend verhalten (Rechts und Links im Centrum); wir wissen  
uns hierin einig mit unsern Vätern, denn über dem protestan-  
tischen und über dem katholischen Volk steht das deutsche Volk.  
(Erneutes Rechts im Centrum.) Zu allen Zeiten hat sich der  
Jesuitenorden als ein Kampfordern erwiesen. (Links im  
Centrum.) Das haben die Katholiken am eigenen Leibe erfahren.  
Der Jesuitenorden ist doch aus einer ganzen Reihe von katholischen  
Ländern ausgewiesen worden. (Links im Centrum.) Das ist doch  
historische Thatsache. In der Schweiz ist der Jesuitenorden aus-  
geschlossen, in Frankreich, in Spanien und andern Ländern. (Links  
im Centrum.) Der Jesuitenorden hat in erster Linie die Bekämpfung  
des Protestantismus auf seine Fahne geschrieben. (Widerstand im  
Centrum.) Er geht auf die Vernichtung aller kirchlichen und sittlichen  
Freiheit aus (anhaltender Beifall und lebhafter Beifall im Centrum).  
Das ist von den bedeutendsten Männern anerkannt; (Zurufe aus  
dem Centrum: Namen nennen!) ich nenne zum Beispiel den Pro-  
fessor Müller, dieser erkennt ausdrücklich an, daß die sittlichen  
Grundzüge der Jesuiten vergiftend bis ins innere Mark des Volkes  
wirken müßten. Auch durch päpstliche Dekrete ist eine ganze Reihe  
von jesuitischen Grundzügen verdammt worden (Rechts und Wider-  
spruch im Centrum). Ich weiß nicht, welche Beweise die Herren  
vom Centrum denn haben wollen, wenn einmal die Dekrete  
der Päpste für sie Autorität haben. (Erneuter Widerstand im  
Centrum.) Es sind die allerersten, aus der Entwicklung der  
Geschichte entzogenen Erwägungen, die uns zwingen, nach wie vor  
den Antrag Hompeich unter Mein entgegenzusetzen. Was die gleich-  
lautenden Anträge Graf Limburg-Sturm und Richter betrifft, so  
wird ein Teil meiner Fraktion für die Aufhebung des § 2 stimmen  
in Gemäßheit der Haltung, welche die Abg. Marquardsen, Dr.  
Friedberg und v. Bötticher zur Sache angenommen haben. Ein  
anderer Teil meiner Fraktionsgenossen wird aber gegen die Auf-  
hebung des § 2 stimmen. Ich erinnere Sie, daß es kein anderer  
war, als unser jetziger Reichskanzler, Fürst zu Hohenlohe, der  
früher selbst den Antrag eingebracht hatte, den Jesuitenorden zu  
verbieten, jedem Deutschen der in ihn eintritt, seine Staatsange-  
hörigkeit abzuschreiben, und Leute, die in Jesuitenschulen  
erzogen sind, zu keinem Staatsamt zuzulassen. Mit der  
Aufhebung des § 2 würde ein Abwärtsschritt des Gesetzes beginnen,  
das sicherlich fortgesetzt würde, bis das ganze Gesetz abgeschafft ist.  
Nebenbei würde die Aufhebung gar nicht die Wirkung haben, die  
sie sich von der Aufhebung verheißt; denn es bliebe ja noch  
die partikuläre Gesetzgebung in Preußen, Baden, Württemberg und

anderen Staaten bestehen. In dem Punkt sind wir mit dem Cen-  
trum einverstanden, daß der Bundesrat nicht auf neue seine Be-  
schlußfassung verzögern möge. Wir wünschen, daß er dem Antrag  
des Centrums ein entschiedenes „Nie!“ entgegen setzt. (Beifall  
bei Nat.-Lib. und Freikons. Lebhafter Widerstand im Centrum.)

Abg. Delfer (Elsässer): Ferner, der die Verhältnisse in Elsas-  
Lothringen kennt, muß es klar sein, daß wir auf dem Boden des  
Antrags Hompeich stehen. Für das elssässische Volk ist die Frage  
schon lange reif; wir verstehen es nicht, wie man noch immer auf  
der Verbannung der Jesuiten beharren kann. Gerade das Jögern  
der Regierung in dieser Frage ist ein Hauptgrund der Mißstimmung  
in unserm Lande. (Widerstand rechts und bei den National-  
Liberalen.)

Abg. Graf Hoon (kon.): Durchdringen von unserm evan-  
gelisch-liberalen Bewußtsein werden ich und einige meiner Freunde  
nicht nur gegen den Centrumsantrag, sondern auch gegen die Auf-  
hebung des § 2 des Gesetzes stimmen, wie wir es schon im vorigen  
Jahre gethan haben.

Abg. Blos (Soz.): Der Abg. Hieber hat hier eine neue  
Kulturkampfdebatte angefangen, und ich freue mich, daß die Rede,  
die er hier anstellte, keine Zustimmung im Hause gefunden haben.  
Er meint, Alles, was er sagt, beruhe auf Thatsachen (sehr gut! im  
Centrum); lassen wir ihm doch diesen Glauben. Die sozialdemo-  
kratische Fraktion wird, wie immer, für die Aufhebung des Jesuiten-  
gesetzes in seinem ganzen Umfang stimmen, und zwar thut sie das,  
weil sie politische Freiheit für alle verlangt. Die Anträge  
ebensohin in den letzten fünfzehn Jahren kein Schritt aus Deutsch-  
land ausgenommen worden ist. Wir haben aber auch gar nichts da-  
gegen, daß alle früher ausgewiesenen Jesuiten nach Deutschland  
zurückkehren, denn die Auffassung von der Staatsfähigkeit der  
Gesellschaft Jesu ist längst antiquirt. Die Gesellschaft der Schaf-  
heiterkeit. (Beifall links und im Centrum.) Wenn man die  
Jesuiten ausschließt, dann müßte man schließlich auch den  
Jesuiten Predigern des rauhen Hauses zu Hamburg ihre Thätig-  
keit unterlegen. Als Graf Hompeich vor 5 Jahren den Antrag  
einbrachte, das sagte er mit einem gewissen Stolz: „Tauschgeschäfte  
sind ausgeschlossen.“ Heute hat er das nicht gesagt; ich frage  
warum? Gewiß wird das Centrum in der Lage sein, der Regie-  
rung noch recht viele Gefälligkeiten zu erweisen, aber wenn es sich  
fragt, ob es dafür auch etwas wiedererhält, so glaube ich, wird es  
Gefälligkeiten annehmen kann, ohne ihr Gegengeld zu erweisen,  
diesem Beweis hat ja Fürst Bismarck in der national-liberalen  
Partei auf das glänzendste erbracht. In einem Staat, der sich wie  
Deutschland immer mehr zum Industriestaat entwickelt, kann  
Jesuitismus gegenüber der Regierung nicht schädlich daran schreien,  
daß die Regierung ihm weit weniger entgegenkommt, als man er-  
wartet. (Beifall links und im Centrum.)

Abg. Hieber (Ctr.): Ich darf wohl mit dem letzten Redner  
beginnen und aus seinen Ausführungen den Anlaß nehmen, ihm  
und seinen politischen Freunden meinen und meiner Freunde Dank  
dafür auszusprechen, daß die Sozialdemokraten trotz grundsätzlicher  
Gegensätze, die uns himmelsweit von einander trennen, und trotzdem,  
daß man wiederholt gerade die Mitglieder der Jesuiten als ein  
Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bezeichnet hat,  
von Anfang an bis auf den heutigen Tag im Interesse der  
Freiheit und Gerechtigkeit uns einmütig unterstützt haben.  
(Erneuter Beifall im Centrum.) Wenn der Redner diesmal in  
der Rede des Grafen Hompeich den Satz vermischt: „Tauschgeschäfte  
werden nicht ausgeschlossen“, so erklärt sich das sehr einfach aus der  
Entwicklung der Dinge seit den letzten fünf Jahren. Damals hat  
man von allen Seiten gegen das Centrum den Vorwurf geäußert,  
es wolle mit der Aufhebung des Jesuitengesetzes ein solches Tausch-  
geschäft machen. Die hinter uns liegenden fünf Jahre haben aber  
unwiderlich bewiesen, daß wir nationale Forderungen nicht nur  
benutzt, sondern auch auschlaggebend zum Siege geführt haben ohne  
jede Gegenleistung. (Lebhafter Beifall im Centrum.) Darum haben wir  
heute nicht mehr nötig zu sagen: „Tauschgeschäfte sind ausgeschlossen.“  
Die Rede des Abg. Hieber war eine Zusammenfassung von längst  
überlebten Dingen, von „alten Kamellen“. Ich würde mich mit  
dem geehrten Herrn aus Württemberg darum auch nicht weiter be-  
schäftigen, wenn nicht unsere Freunde im Hause und unser Schweigen  
widerlegen könnten. Er hat uns auf Länder hingewiesen, über  
deren Haltung in dieser Frage die Weltgeschichte längst den Stab  
gebrochen hat, auf die früheren italienischen Staaten und auf das  
bevorzugte Frankreich, das mit der bürgerlichen Freiheit zugleich  
die religiöse hinweggefegt hatte. Aber diese Staaten be-  
stehen ja nicht mehr in ihrer alten Verfassung. Was nun  
die Schweiz anlangt, so berührt es mich sehr wenig angenehm,  
wenn ich höre, daß das große mächtige deutsche Reich sich nach dem  
Vorgange einer Schweiz richten soll. (Sehr gut! im Centrum.)  
Ich sage, wenn wir nicht unsere eigenen Angelegenheiten nach  
eigenen Gesichtspunkten regeln wollen, dann haben wir kein  
Recht mehr, uns eine nationale Partei zu nennen. (Sehr  
wahr! im Centrum.) Uebrigens meine ich: das Land, in  
dem sich Königs- und Frauenmörder frei herumtreiben  
können, das wird wohl auch für die Zulassung oder Nichtzulassung  
der Jesuiten in das deutsche Reich kein Beispiel sein dürfen. (Leb-  
hafter Beifall im Centrum.) Die Ansicht, daß der Jesuitenorden sich  
die Bekämpfung des Protestantismus zur Hauptaufgabe setze, habe  
ich schon früher gegenüber meinem verehrten Lehrer und parla-  
mentarischen Freunde Dr. von Marquardsen widerlegt. Aber  
nehmen wir wirklich einmal an, der Jesuitenorden sei  
wirklich, wie es die Herren Hieber und Stockmann in  
schöner Uebereinstimmung darstellen, ein Kampfordern; — ist denn  
der evangelische Bund etwa eine Friedensgesellschaft? (Sehr gut!  
im Centrum.) Nun sagen Sie: Wir Evangelischen haben  
es nicht nötig, uns vor den Jesuiten zu fürchten; — das  
brauchen Sie auch nicht, dazu haben Sie genug keinen  
Anlaß, — aber dann brauchen Sie doch den Orden nicht  
auszuschließen, dann müssen Sie doch auch die richtige Konsequenz  
aus Ihrem Mangel an Furcht ziehen! — Ganz schwer würde  
der Vorwurf der Vernichtung aller moralischen und bürgerlichen  
Freiheiten durch den Jesuitenorden wirken müssen, wenn er nicht  
schon vor 25 Jahren wiederholt worden wäre und zwar mit unend-  
lich viel mehr Begeisterung, als sie heute der Abg. Hieber zum  
Ausdruck brachte. (Sehr gut!) Was den Hinweis auf die verur-  
teilten Grundzüge durch Bismarck anlangt, so habe ich hier ein  
theologisches Lehrbuch, in welchem sich ein Verzeichniß der sämt-  
lichen von Bismarck verurteilten dogmatischen Lehren befindet. Ich  
lese dies Buch auf den Tisch des Reichstags nieder mit der Auf-  
forderung an Herrn Hieber, mir aus demselben die durch  
Bismarck verurteilten Sätze zu bezeichnen, welche von der  
Gesellschaft Jesu herrühren, welche von der  
moralischen Ordnung zu zerstören geeignet sind. (Zurufe  
des geehrten Herrn dazu nicht im Stande, so fehlt mir der parla-  
mentarische Ausdruck, um die Beschuldigung zu widerlegen, die er be-  
wieslos vorgebracht hat. (Lebhafter Beifall im Centrum.) Der  
Abg. Hieber möge mir gestatten, aus der Fülle, die ich nicht sagen  
kann, nur einen herauszugreifen, den er kaum beanstanden kann; es ist  
der Graf Paul v. Hornbroch. In seiner Schrift: „Mein Aus-  
tritt aus dem Jesuitenorden“, sagt er: „Die Anklagen, mit denen

man gewöhnlich den Jesuitenorden überhäuft — gewöhnlich,  
das war ja auch beim Abg. Hieber der Fall (Seiterkeit)  
— sie beruhen auf Unwissenheit oder Aberglauben. Was  
insgesamt die vielgeschwätzte Moral des Ordens angeht, so ist sie eine  
Moral von adelvoller Banalität. Die sogenannte schlechte  
Moral des Ordens bildet die eigenen Mitglieder des Ordens zu  
Männern reinen Lebenswandels aus.“ (Sehr! sehr! im Centrum.)  
Ich kann Herrn Hieber und seinen Freunden vom evangelischen  
Stand nur empfehlen: Gehen Sie hin und thun Sie desgleichen.  
(Beifall im Centrum.) Nun bezieht sich Herr Hieber auf den Reichs-  
kanzler als gegenwärtigen Antragsteller aus früheren Zeiten. Ich  
finde auch für dieses Vorgehen keinen parlamentarischen Anlaß;  
ich verstehe es nicht, wie man einen Mann, der inzwischen sein  
Amt als Reichskanzler mit einer formellen Abgabe an seine kultur-  
kämpferische Vergangenheit angetreten hat, als Zeugen für kultur-  
kämpferische Gelüste anführen kann. (Sehr gut! im Centrum.) Ich komme  
nun noch mit einigen Worten auf die angebliche katholische  
Agitation. Von uns wird keine Agitation betrieben, im Gegenteil  
wir halten unsere Brust einer ansturmenden Agitation entgegen.  
Wir haben es nötig im Interesse des deutschen Vaterlandes, die  
ansturmende Agitation eines Mannes mehr zu bändigen als Unwillens  
des katholischen Volkes nach allen Kräften zurückzuführen, und  
Sie würden dem Vaterlande einen großen Dienst erweisen,  
wenn Sie den Grund dieser tiefen Erbitterung endlich  
hinwegräumen. (Beifall im Centrum.) Wie die national-liberale  
Partei aus den Wahlen hervorgegangen ist, scheint sie nach dem,  
was wir heute gehört haben, nicht nur ein lucrum cessans, sondern  
auch ein damnum emergens beklagen zu müssen. Im Uebrigen  
hat Herr Hieber vielleicht die Güte, an der Schwelle seiner Bahn  
zum parlamentarischen Ruhm die Warnung entgegenzunehmen:  
Man soll nicht propheteien. Und darum war auch der Schluß  
seiner Rede mit dem Nie! vom Uebel.

Herrn Stockmann bezaure ich, daß er gerade zu dieser Jungfer-  
rede verurteilt war. Gewiß muß der konfessionelle Friede aufrecht  
erhalten werden; das wird aber niemals gelingen, wenn man sich  
nicht volles Recht und volle Gerechtigkeit, volle Freiheit, nach seiner  
religiösen Überzeugung zu leben und zu sterben, einräumt. Den  
konfessionellen Frieden stört nur derjenige, der die offenen  
Wunden, die gern vernarben möchten, immer wieder von Neuem  
aufreißt, statt Alles zu thun, um sie so rasch wie möglich zu  
schließen. (Beifall im Centrum.) Wenn die Protestanten die  
Jesuiten nicht fürchten, dann müßte Herr Stockmann gerade zu dem  
Schlusse kommen: Nur herein zum erblichen Kampf! Ist Eure  
Sache Gottes Werk, so wird sie bestehen, ist sie aber Menschen-  
werk, so wird sie untergehen.

Den Ausführungen des Grafen Limburg-Sturm gegenüber be-  
merke ich: Gott sei Dank, daß wir uns in den letzten Jahren so  
weit genähert haben. Es freut mich, daß er seinen Kulturkampf  
mehr will, daß er den Rest desselben so rasch wie möglich beilegen  
möchte. Wir sind daher dem Grafen Limburg-Sturm dankbar dafür,  
daß er großzügig heute bekämpft, wofür er selbst früher gestimmt  
hat, daß er einseht, daß das Gesetz involviert eine Ungerechtigkeits-  
einzelne Bürger. Wir sind ihm auch für das Wort von der groß-  
artigen Organisation des Jesuitenordens dankbar. In einem  
Punkte aber muß ich seinen Ausführungen widersprechen: der An-  
trag Hompeich ist für uns keine Flaggfrage, sondern eine Frage  
des Rechts und der Gerechtigkeit. Wenn es eine Flaggfrage für  
uns wäre, so würden wir sie sicherlich anders behandeln.  
Ueberlegen Sie es sich doch einmal: wenn wir nun wirklich die  
Konsequenz aus der Haltung der Regierung zögen, daß wir die  
Reichsregierungsmaschine stille setzen ließen und der Reichstag  
würde aufgehört, glauben Sie wirklich, Graf Limburg, daß wir nicht  
doch mit fliegenden Fahnen wieder zurückkämen? Also von einer  
Flaggenfrage kann keine Rede sein.

Kein Wort ist hart genug, das der Schelle des Präsidenten  
entgehen könnte, um das Verhalten des hohen Bundesrats  
unserem Antrage gegenüber zu kennzeichnen. Es ist noch nicht lange  
her, daß gegenüber heftigen Angriffen aus dem Hause und Graf  
Polodowsky nähere Darlegungen geben zu müssen glaubt,  
wie sich Reichstag und Bundesrat in gegenwärtiger Haltung und  
Nichtaufnahme begreifen müssen. Wenn jetzt sämtliche Plätze des  
Bundesrats leer sind, trotzdem es sich um einen Antrag handelt,  
der schon wiederholt die Zustimmung der erkrankten Mehrheit des  
Reichstags gefunden hat, so ist das eine höchst seltsame  
die jeder Kritik spottet. (Stürmischer Beifall im Centrum.)  
Damit schließt die erste Beratung. — Das Haus tritt sofort  
in die zweite Sitzung ein.

Abg. Dr. Entler (nl.): In den Worten des Abg. Blos,  
meine Partei hätte dem Fürsten Bismarck Unerschlichkeit er-  
weisen, ohne etwas dagegen zu erhalten, liegt die Anerkennung für  
die national-liberale Partei, daß sie für ihre Dienste kein Entgelt  
verlangt. Wir nehmen diese Anerkennung mit Dank entgegen.  
Eine Unbilligkeit des Abg. Hieber gegenüber dem ersten heutigen  
Redner meiner Fraktion war es, von lucrum cessans und  
damum emergens uns gegenüber zu sprechen. Ich glaube,  
Sie könnten doch ein wenig warten, wie sich die Dinge in unserer Partei  
entwickeln; ich hoffe, daß mein Kollege, der heute hier  
seine Jungferrede gehalten hat, ein sehr tüchtiges Mitglied  
des Reichstags werden wird. (Rechts im Centrum.) Wir wollen  
keinen Kulturkampf und gerade weil wir erkennen, daß die Auf-  
hebung des Jesuitengesetzes nicht dem Frieden dient, deshalb stimmen  
wir gegen den Centrumsantrag. Wenn Sie Werth darauf legen,  
den Frieden zwischen den Konfessionen zu erhalten und zu festigen,  
so müssen Sie mit uns gegen die Zurückberufung der Jesuiten  
stimmen. (Gelächter im Centrum.) Ich gebe mich der  
Hoffnung hin, daß es auch für Sie noch nicht zu  
spät ist, diese Ansicht zu gewinnen. (Erneutes Rechts im Centrum.)  
Es geht nicht um die Unterwerfung unter den Katholiken, die von der  
Zurückberufung der Jesuiten nicht wissen wollen, denn es liegt auf  
der Hand, daß dadurch nur neue Kämpfe erregt werden würden.  
Gerade im Interesse der Erhaltung des Friedens sind auch meine  
Freunde Gegner der Rückkehr des Jesuitenordens und werden daher  
einmütig gegen den Antrag Hompeich stimmen. (Beifall.)

Abg. Stockmann (Vp.): Der Abg. Dr. Hieber hat meine  
Worte wiederholt wiedergegeben.

Vorsitzender Graf Kallstreem erklärt den Ausdruck „verdreht“  
in diesem Zusammenhang für nicht parlamentarisch.  
Abg. Stockmann (fortfahrend): Ich will sagen: Der Abg.  
Hieber hat mit der ihm eigenen parlamentarischen Gewandtheit  
meinen Worten eine andere Bedeutung gegeben, als ich sie ihnen  
selbst beilegte. Meine Ausführungen sollten lediglich in dem Ge-  
danken gipeln: Wir wollen die Jesuiten nicht herbeiführen, weil wir  
sonst sofort wieder konfessionelle Kämpfe hätten, die wir im Interesse  
des Friedens nicht wünschen. Wie berechtigt die Befürchtung vor  
solchen Kämpfen ist, beweist das Werk eines modernen Forschers,  
in welchem eine im Jahre 1670 erschienene jesuitische Schrift citirt  
wird. Der betreffende Passus lautet: „Die Kalmianer und Lutheraner  
haben den Eudkreis mit falschen Lehren und unbilligen Forderungen angefüllt.  
Wir Jesuiten leugnen nicht, daß wir einen heftigen Krieg gegen die  
Ketzerei führen. Vergebens wird die Ketzerei darauf warten, daß  
in diesem Kriege die Gesellschaft Jesu, wenn auch nur vorübergehend,  
aus dem Eudkreis entfernt zu werden; auf Frieden ist nicht zu hoffen; denn der Haß gegen die  
Ketzerei ist und angeboren. Gerade so wie Hannibal gegen die Römer,  
haben wir vor dem Altar den Krieg gegen die Ketzerei geschlossen.“  
Das ist allerdings vor 200 Jahren geschrieben worden, aber ebenso  
besteht auch heute noch in dem Jesuitenorden der unändelnde Haß



Verchiedenes.

Witteburg, 20. Jan. Ueber ein entsetzliches Unglück, das sich hier am Samstag bei einer Familienfestlichkeit zugetragen hat, berichtet die N. Westf. Volksztg.:

Wien, 26. Jan. In dem auf ebener Erde gelegenen Probierraum der Gas- & Fabrik von Böhm, Gerson und Rosenthal fand gestern nachmittags eine Benzin-Explosion statt, wobei 3 Personen getötet wurden.

Brüssel, 26. Jan. Der internationale Eisenbahngang Ostende-Wien engliefste bei der Station Vercken bei Brüssel. Lokomotive und 2 Wagen wurden aus dem Geleise gerissen.

Mexiko, 26. Jan. Gestern fand ein Erdbeben statt, durch welches viele Häuser zertrümmert, einige vollständig zerstört wurden.

Handel und Verkehr.

Frankfurt a. Main, 25. Jan. (Abendbörse). Kredit-Aktien 224.70 h. Disconto-Komm. 198.90 h. Darmstädter 151.50 h. Deutsche Bank 209.40 h. Länderbank 123.50 h. Schaaffhausener Bankverein 147.80 h. Lombard 29.70 h. Gotthard 143.70, 80 h. Jura-Simplon 89, 20 h. Central 142.90, 143.20 h. Nordost 100.50, 70 h. Union 78.20, 30 h. Norther 79.70 h. Concordia 262.50 h. G. Union 186.30 h. Harpener 182.55 h. Sibiria 190.75 h. Oberschlesische Eisen-Industrie 154.10 h. G. Laurahütte 220 h. G. Westeregeln 205.50 h. G. Badische Zuckerfabrik 53.55 h. G. Ungar. Elektr. 143.50 h. Elektr. Unternehmungen 186.20 h. G. Aluminium 157 h. G. Stahlwerk 94.90, 40 h. Portugiesen 24.20 h. Aktien G. 28 h., do. D. 23.20 h. Mexikaner 25.90, 26.20, 10 h., do. 1899 40.60, 50 h. 1 1/2 % Griechen 42 h. Monopol-Griechen 50.60 h.

Frankfurt a. M., 25. Jan. (Börsenbericht). Infolge der flauen Notierungen, welche heute aus New-York vorlagen, hatte man vielfach eine mattere Börse in Aussicht genommen, darin sah man sich aber getäuscht, denn der Verlauf derselben war ein recht flüchtiger. Heute waren es besonders Montanpapiere, welche in den Vordergrund traten und zu höheren Kursen aus dem Markte genommen wurden, insbesondere waren Hochenergie favorisiert.

Mannheimer Börse, Effekten. In heutiger Börse notieren bei schwachen Umsätzen: Bad. Bank-Aktien 122 bez. (-2 Proz.), Bergacher Aktien 244 G. (+1 Proz.), Müllin-Aktien 455 G. (+2 Proz.), Verein. Chem. Fabriken 166 G. (+2 Proz.), Brauerei Sinner 241 G. (+4 Proz.), Vereinigte Freiburger Ziegel-Aktien 124 G. (+ 1/2 Proz.).

London, 25. Jan. (Metallbörse). (Schlussnotierungen). Kupfer Chilis-Bars cash 67 1/2, do. 3 Monate 67 1/2. - Zinn Straits cash 110, - do. 3 Monate 109 1/2. - Blei spanisch 13 1/2, do. englisch 13 1/2. - Flint ordinary brands 25 1/2, do. Spezial brands 25 1/2.

Drahtberichte.

Berlin, 25. Jan. Minister v. B. Rede beantwortete heute im Abgeordnetenhaus die freisinnige Interpellation über die Ausweisungen in Schleswig. Die dänische Agitation habe von Jahr zu Jahr zugenommen und führe namentlich in der letzten Zeit eine Sprache, die geradezu ein Skandal ist.

Wien, 26. Jan. Der Senat beschloß gestern in geheimer Sitzung, am 6. Februar, nachmittags 3 Uhr, die Schlussabstimmung über den Friedensvertrag vorzunehmen.

Der russische Friedensvorschlag.

Petersburg, 26. Jan. Das Journal de St. Petersburg sagt in einer Besprechung des gestern veröffentlichten Rundschreibens des Ministers des Aeußern Murawiew: Ziemlich das kaiserliche Kabinett die Regierung auf eine Reihe von Fragen hinwies, welche eine event. zusammentretende Konferenz im Hinblick auf die gemeinsame Ausarbeitung eines detaillierten Programms zu prüfen haben wird.

Wien, 26. Jan. Der unter sehr zahlreicher Beteiligung von Delegierten der betref. Vereine aus allen Teilen Deutschlands hier heute abgehaltene allgemeine Deutsche Schiffertag beschloß einstimmig die Begründung eines Schiffersbundes, welcher ganz Deutschland umfassen, seinen Sitz in Berlin haben und alle wirtschaftlichen Interessen auf dem Gebiete der Binnenschifffahrt zur Vertretung der Gesamtinteressen des ganzen Schiffersstandes zusammenschließen soll.

Wien, 26. Jan. Der deutsche Schiffertag nahm eine Erklärung an, wodurch ein Ansuchen beauftragt wird, alle zur Verhinderung der Ausführung des geplanten Großschiffahrtskanals Berlin-Stettin geeigneten Schritte zu thun, da die vorhandenen Wasserstraßen den Bedürfnissen genügen und durch den Bau zahlreiche selbständige Schiffseigner in ihrer Existenz bedroht würden.

Wien, 26. Jan. Der Kaiser verlieh den Noten-Ablordern 1. Klasse mit Eigenlob den Generalen der Infanterie z. D. Schaumann, Köffing und Desterler, dem General der Artillerie z. D. Kuhlmann, dem Generalleutnant z. D. Andreae; dem Stern zum Noten-Ablordern 2. Klasse mit Eigenlob den Generalleutnant z. D. Bördorff und Arenschild, dem Generalmajor z. D. von W. Alvingen; den Noten-Ablordern 2. Klasse mit Eigenlob dem Generalmajor a. D. Meyer; den Generalmajor z. D. Sothen, Ludowig und Bath; den Kronenorden 1. Klasse dem Generalleutnant z. D. Meyer. Graf Wedel, Berlin, früher hannoverscher Oberleutnant des ehemaligen Regiments Garde du Corps in der preussischen Armee, wurde als charakterisierter Oberst à la suite der Armee mit der Berechtigung zum Tragen der Uniform des 13. Ulanenregiments eingestuft.

Wien, 26. Jan. Das ungarische Korrespondenzbureau bezieht die Meldung von dem Rücktritt des Barons Banffy von Beauftragung Kolomans v. Szell mit der Neubildung des Kabinetts als vollkommen grundlos. Die Berufung Szells zum Kaiser erfolgte auf Vortrag Banffys, weil Szell als Führer einer Gruppe innerhalb der Regierungspartei Bedeutendes hinsichtlich der Geltungsdauer des österreichisch-ungarischen Ausgleichs ansetzte.

Wien, 26. Jan. Das ungarische Korrespondenzbureau bezieht die Meldung von dem Rücktritt des Barons Banffy von Beauftragung Kolomans v. Szell mit der Neubildung des Kabinetts als vollkommen grundlos. Die Berufung Szells zum Kaiser erfolgte auf Vortrag Banffys, weil Szell als Führer einer Gruppe innerhalb der Regierungspartei Bedeutendes hinsichtlich der Geltungsdauer des österreichisch-ungarischen Ausgleichs ansetzte.

Wien, 26. Jan. Das ungarische Korrespondenzbureau bezieht die Meldung von dem Rücktritt des Barons Banffy von Beauftragung Kolomans v. Szell mit der Neubildung des Kabinetts als vollkommen grundlos. Die Berufung Szells zum Kaiser erfolgte auf Vortrag Banffys, weil Szell als Führer einer Gruppe innerhalb der Regierungspartei Bedeutendes hinsichtlich der Geltungsdauer des österreichisch-ungarischen Ausgleichs ansetzte.

Wien, 26. Jan. Das ungarische Korrespondenzbureau bezieht die Meldung von dem Rücktritt des Barons Banffy von Beauftragung Kolomans v. Szell mit der Neubildung des Kabinetts als vollkommen grundlos. Die Berufung Szells zum Kaiser erfolgte auf Vortrag Banffys, weil Szell als Führer einer Gruppe innerhalb der Regierungspartei Bedeutendes hinsichtlich der Geltungsdauer des österreichisch-ungarischen Ausgleichs ansetzte.

Wien, 26. Jan. Das ungarische Korrespondenzbureau bezieht die Meldung von dem Rücktritt des Barons Banffy von Beauftragung Kolomans v. Szell mit der Neubildung des Kabinetts als vollkommen grundlos. Die Berufung Szells zum Kaiser erfolgte auf Vortrag Banffys, weil Szell als Führer einer Gruppe innerhalb der Regierungspartei Bedeutendes hinsichtlich der Geltungsdauer des österreichisch-ungarischen Ausgleichs ansetzte.

Wien, 26. Jan. Das ungarische Korrespondenzbureau bezieht die Meldung von dem Rücktritt des Barons Banffy von Beauftragung Kolomans v. Szell mit der Neubildung des Kabinetts als vollkommen grundlos. Die Berufung Szells zum Kaiser erfolgte auf Vortrag Banffys, weil Szell als Führer einer Gruppe innerhalb der Regierungspartei Bedeutendes hinsichtlich der Geltungsdauer des österreichisch-ungarischen Ausgleichs ansetzte.

Wien, 26. Jan. Das ungarische Korrespondenzbureau bezieht die Meldung von dem Rücktritt des Barons Banffy von Beauftragung Kolomans v. Szell mit der Neubildung des Kabinetts als vollkommen grundlos. Die Berufung Szells zum Kaiser erfolgte auf Vortrag Banffys, weil Szell als Führer einer Gruppe innerhalb der Regierungspartei Bedeutendes hinsichtlich der Geltungsdauer des österreichisch-ungarischen Ausgleichs ansetzte.

Wien, 26. Jan. Das ungarische Korrespondenzbureau bezieht die Meldung von dem Rücktritt des Barons Banffy von Beauftragung Kolomans v. Szell mit der Neubildung des Kabinetts als vollkommen grundlos. Die Berufung Szells zum Kaiser erfolgte auf Vortrag Banffys, weil Szell als Führer einer Gruppe innerhalb der Regierungspartei Bedeutendes hinsichtlich der Geltungsdauer des österreichisch-ungarischen Ausgleichs ansetzte.

Wien, 26. Jan. Das ungarische Korrespondenzbureau bezieht die Meldung von dem Rücktritt des Barons Banffy von Beauftragung Kolomans v. Szell mit der Neubildung des Kabinetts als vollkommen grundlos. Die Berufung Szells zum Kaiser erfolgte auf Vortrag Banffys, weil Szell als Führer einer Gruppe innerhalb der Regierungspartei Bedeutendes hinsichtlich der Geltungsdauer des österreichisch-ungarischen Ausgleichs ansetzte.

Wien, 26. Jan. Das ungarische Korrespondenzbureau bezieht die Meldung von dem Rücktritt des Barons Banffy von Beauftragung Kolomans v. Szell mit der Neubildung des Kabinetts als vollkommen grundlos. Die Berufung Szells zum Kaiser erfolgte auf Vortrag Banffys, weil Szell als Führer einer Gruppe innerhalb der Regierungspartei Bedeutendes hinsichtlich der Geltungsdauer des österreichisch-ungarischen Ausgleichs ansetzte.

Wien, 26. Jan. Das ungarische Korrespondenzbureau bezieht die Meldung von dem Rücktritt des Barons Banffy von Beauftragung Kolomans v. Szell mit der Neubildung des Kabinetts als vollkommen grundlos. Die Berufung Szells zum Kaiser erfolgte auf Vortrag Banffys, weil Szell als Führer einer Gruppe innerhalb der Regierungspartei Bedeutendes hinsichtlich der Geltungsdauer des österreichisch-ungarischen Ausgleichs ansetzte.

Wien, 26. Jan. Das ungarische Korrespondenzbureau bezieht die Meldung von dem Rücktritt des Barons Banffy von Beauftragung Kolomans v. Szell mit der Neubildung des Kabinetts als vollkommen grundlos. Die Berufung Szells zum Kaiser erfolgte auf Vortrag Banffys, weil Szell als Führer einer Gruppe innerhalb der Regierungspartei Bedeutendes hinsichtlich der Geltungsdauer des österreichisch-ungarischen Ausgleichs ansetzte.

Wien, 26. Jan. Das ungarische Korrespondenzbureau bezieht die Meldung von dem Rücktritt des Barons Banffy von Beauftragung Kolomans v. Szell mit der Neubildung des Kabinetts als vollkommen grundlos. Die Berufung Szells zum Kaiser erfolgte auf Vortrag Banffys, weil Szell als Führer einer Gruppe innerhalb der Regierungspartei Bedeutendes hinsichtlich der Geltungsdauer des österreichisch-ungarischen Ausgleichs ansetzte.

Wien, 26. Jan. Das ungarische Korrespondenzbureau bezieht die Meldung von dem Rücktritt des Barons Banffy von Beauftragung Kolomans v. Szell mit der Neubildung des Kabinetts als vollkommen grundlos. Die Berufung Szells zum Kaiser erfolgte auf Vortrag Banffys, weil Szell als Führer einer Gruppe innerhalb der Regierungspartei Bedeutendes hinsichtlich der Geltungsdauer des österreichisch-ungarischen Ausgleichs ansetzte.

Wien, 26. Jan. Das ungarische Korrespondenzbureau bezieht die Meldung von dem Rücktritt des Barons Banffy von Beauftragung Kolomans v. Szell mit der Neubildung des Kabinetts als vollkommen grundlos. Die Berufung Szells zum Kaiser erfolgte auf Vortrag Banffys, weil Szell als Führer einer Gruppe innerhalb der Regierungspartei Bedeutendes hinsichtlich der Geltungsdauer des österreichisch-ungarischen Ausgleichs ansetzte.

Wien, 26. Jan. Das ungarische Korrespondenzbureau bezieht die Meldung von dem Rücktritt des Barons Banffy von Beauftragung Kolomans v. Szell mit der Neubildung des Kabinetts als vollkommen grundlos. Die Berufung Szells zum Kaiser erfolgte auf Vortrag Banffys, weil Szell als Führer einer Gruppe innerhalb der Regierungspartei Bedeutendes hinsichtlich der Geltungsdauer des österreichisch-ungarischen Ausgleichs ansetzte.

Frankfurter Börsenkurse vom 25. Januar 1899.

Table with multiple columns listing various securities, exchange rates, and market data for Frankfurt on January 25, 1899. Includes sections for Staatspapiere, Eisenbahnpapiere, and various bank and commodity prices.

